

Arbeitskreis „Transparenz und Bürgerbeteiligung – Open Government“:

Mit offenen Daten in die Verwaltung von morgen

Moderation: Walter Leitermann,  
Stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE

Inputgeber: Christian Horn,  
Datenportal GovData , Finanzbehörde Hamburg

Prof. Dr. Jörn von Lucke,  
Leiter des Open Government Institute an der Zeppelin Universität in  
Friedrichshafen

Karin Engelhardt,  
Online-Managerin der Stadt Coburg

Im Arbeitskreis „Transparenz und Bürgerbeteiligung – Open Government“ diskutierten Kommunalvertreterinnen und -vertreter über die Öffnung der Kommunalverwaltungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die hohe Anzahl der Anmeldungen für diesen Arbeitskreis mit etwa 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprach für das große Interesse an diesem Thema.

Die Bezeichnung Open Government hat sich im angelsächsischen Sprachraum für die Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, durchgesetzt. Dies bedeutet, dass die behutsame Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft zu mehr Transparenz, mehr Teilhabe, einer intensiveren Zusammenarbeit, mehr Innovation und einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen kann. Der Leiter des Open Government Instituts an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, Prof. Dr. Jörn von Lucke, der auch als Referent im Arbeitskreis auftrat, bezeichnet diesen Prozess in seinem Gutachten „Open Government. Öffnung von Staat und Verwaltung“ als „kulturellen Wandel, der durch ein neues partnerschaftliches Verhältnis zum Bürger geprägt ist und mit dem neues Vertrauen aufgebaut werden kann.“

Für die Vorstellung des Themas Open Government bei der Delegiertenversammlung 2015 hatte die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) insgesamt drei Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Einrichtungen und Institutionen eingeladen, die das Thema und seine Problematik aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten. Neben Prof. Dr. Jörn von Lucke von der Zeppelin Universität in Friedrichshafen sprachen die Online-Managerin der Stadt Coburg, Karin Engelhardt, und der Leiter der Geschäfts- und Koordinierungsstelle des deutschen Datenportals GovData, Christian Horn, der in der Finanzbehörde Hamburg auch federführend für den Aufbau und Betrieb des OpenData-Portals Hamburg verantwortlich ist. Moderiert wurde der Arbeitskreis vom stellvertretenden Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Walter Leitermann.

Open Government in der Stadt Coburg

Karin Engelhardt eröffnete den Arbeitskreis mit einer Präsentation über „Coburg digital“. Anhand von unterschiedlichen Beispielen stellte die Online-Managerin, die 2011 vom Government 2.0 Netzwerk Deutschland als „Open Government Hero“ ausgezeichnet wurde, das Konzept der Stadt Coburg zur Umsetzung von Open Government vor. Bereits seit 2001 ist Engelhardt in der Coburger Stadtverwaltung für die gesamte digitale Bandbreite verantwortlich. Digitalisierung müsse, so die Online-Fachfrau, als kommunale Pflichtaufgabe definiert werden und deshalb sei sie Chefsache. Da dies in Coburg so sei, gelte die Stadt als eine der Vorreiterinnen bei der Einführung der Digitalisierungsstrategie.

Wie Engelhardt ausführte, verzeichnete das Internetportal der Stadt Coburg 2013 über eine Million Besucherinnen und Besucher. Beim Aufbau ihres Online-Angebots verfolge die Stadt die Strategie, möglichst viele Zielgruppen in allen Lebensbereichen zu erreichen. So gebe es beispielsweise eine digitale Kitabörse und eine interaktive Karte mit Spiel- und Bolzplätzen in Coburg. Auch Zielgruppen wie Studierende oder Seniorinnen und Senioren könnten auf dem Internetportal der Stadt passende Angebote finden.

Auch das aktuelle Thema Flüchtlinge findet auf dem Internetportal der Stadt Coburg Platz. Mit dem Aufruf „Coburg hilft“ gebe es im Internet eine Auswahl an Unterstützungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und für die Freiwilligen würden relevante Informationen zur Verfügung gestellt. Engelhardt schloss ihren Vortrag mit der Aussage ab, dass eine digitale Verwaltung von morgen nur in überregionalen Kooperationen und im Verbund geschafft werden könne.

## Open Data auf allen Ebenen

Christian Horn von der Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData, dem Datenportal für Deutschland, gab einen Überblick über Open Data und ging auf die Frage ein, warum es für die Verwaltung gar nicht so schwer ist, sich mit Open Data zu beschäftigen. Open Data definierte Horn dabei als Bereitstellung von Daten, die maschinenlesbar, frei zugänglich und mit freier Lizenz versehen sind. Die Daten würden zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt.

Horn ging auch auf die Struktur von Open Data in Deutschland ein. Danach ist GovData ein übergreifendes Datenportal für Deutschland, in dem alle Daten gesammelt werden. Eine Stufe darunter stehen die Landesportale wie beispielsweise Open NRW oder Berlin Open Data und die unterste Stufe bilden die Kommunalportale wie etwa Offene Daten Bonn.

Horn empfahl den Kommunalverwaltungen, sich mit anderen Partnern zusammenzuschließen, um gemeinsame IT-Lösungen für kommunale Aufgaben zu finden. Als ein Beispiel dafür nannte er den Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), der IT-Dienstleister für 43 Kommunen in der Region Niederrhein sei. Die Mitgliedschaft im KRZN koste 1.800 Euro pro Jahr.

Zum Abschluss seiner Ausführungen stellte Horn fest, dass es leider noch zu wenig Open Data auf kommunaler Ebene gebe. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass die Daten in allen Kommunen vorhanden seien, sie müssten nur freigegeben werden.

## Open Data aus Sicht der Wissenschaft

Prof. Dr. Jörn von Lucke beleuchtete das Thema „Open Data“ aus der Sicht der Wissenschaft. Zu Beginn seines Vortrages stellte er fest, dass die intensive Nutzung sozialer Medien (Social Media) durch die Bürgerinnen und Bürger das Verwaltungshandeln verändert habe. Die Zukunft müsse heute mehr denn je mit den Bürgerinnen

und Bürgern gestaltet werden. Dabei gebe es unterschiedlichste Ansätze zur Öffnung von Staat und Verwaltung (Open Government), wobei die meisten durch Offenheit, Transparenz, Bürgerbeteiligung sowie Findung neuer Formen der Zusammenarbeit gekennzeichnet seien. Das bedeute, so Prof. Dr. von Lucke, dass das Potenzial und die Werkzeuge für die Öffnung der Verwaltung in Deutschland bereits vorhanden seien, sie müssten nun dringend genutzt werden. Dafür müsse klar definiert werden, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung zur Verfügung stünden und was von ihnen erwartet werde. Prof. Dr. von Lucke vertrat die Auffassung, dass es ein Konzept brauche, wie eine digitale Infrastruktur in der Kommune aussehen solle und wie dabei die Informationsfreiheit gestaltet werden müsse. Schließlich wies Prof. Dr. von Lucke auf das Internetportal der Zeppelin Universität Friedrichshafen hin, wo eine Datenbank mit über 180 Werkzeugen für die Gestaltung von Open Government zur Verfügung stehe. Überlegt werden müsse seitens der Verwaltung, so Prof. Dr. von Lucke, wo die Bürgerinnen und Bürger behilflich sein könnten.

## Open Government und die Rolle der Politik

Die drei Vorträge lieferten eine gute Grundlage für die weitere Diskussion zum Open Government, die äußerst lebendig verlief. Interessant war unter anderem die Frage, wie politisch sensible Daten innerhalb der Verwaltung ins Netz gestellt werden können? Hintergrund dieser Frage ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern trotz des Informationsfreiheitsgesetzes nicht selten die Einsicht von Akten verweigert wird. Von Luke stellte daraufhin fest, dass dies eine Kulturfrage sei. Das System von Open Government passe nicht zu alten überkommenen Verwaltungsstrukturen. Hier bedürfe es eines Kulturwandels. Die Verwaltung solle schrittweise üben, mehr Texte ins Netz zu stellen und sie für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher zu formulieren. Auf diese Weise werde sich auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung entwickeln.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Zukunft der repräsentativen Demokratie im Zusammenhang mit Open Government. Damit verbunden war die Frage, welche Rolle Ratsmitglieder in Zukunft eigentlich noch haben, wenn die Bürgerinnen und Bürger den Kommunen über das Internet sagen, was sie machen müssen. Nach Prof. Dr. von Luckes Ansicht, müssen die demokratischen Elemente unseres politischen Systems durch gut ausgewählte Werkzeuge verbessert werden. Bei Open Government gehe es nicht darum, jemanden auszuschalten. Vielmehr müsse ein strategischer Ansatz verfolgt werden, wobei auf unterschiedlichen Kanälen eine Lösung für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden solle. Politikerinnen und Politiker sollten laut Prof. Dr. von Lucke dabei die besten Werkzeuge erhalten, um ihre Entscheidungen treffen zu können.

Zur Frage der zukünftigen Rolle der Politik bei zunehmender Öffnung der Verwaltung äußerte Engelhardt, dass die Politik immer „jünger“ werde und deshalb Stadträte künftig die Technik als eine „Übersetzerfunktion“ für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sehen sollten. In diesem Zusammenhang bestätigte Horn, dass die heutige politische Generation nach seinem Eindruck die Sorge habe, ihre politische Hoheit abzugeben. Wenn man das Netz nicht öffne, bestehe die Gefahr, eine neue Generation aus dem politischen Prozess auszuschließen, so Horns Befürchtung. In diesem Fall ginge viel Potenzial verloren, denn die Jugend schöpfe heute ihre Informationen über Politik aus dem Internet. Und nicht selten interessierten sich viele Jugendliche gerade deshalb für Politik.

Darüber hinaus wurde im Laufe der Diskussion auf die Frage eingegangen, wie man mit Bürgerinnen und Bürgern umgehen sollte, die sich nicht für die Öffnung der Verwaltung interessieren? Letztendlich habe die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Eine weitere interessante Frage von Delegierten bezog sich auf die Datenschutzbeauftragten und ihrer Rolle für die Verzögerung des Öffnungsprozesses der Verwaltung. Prof. Dr. von Lucke sah die Ursache für das mangelnde Interesse bei einem Großteil der Bevölkerung an der Beteiligung am politischen Prozess in den geringen Bildungsinvestitionen. Er war der Meinung, dass die Ausbildung massiv verändert werden müsse. Die Bildungssysteme sollten mit lokalen Themen und aktuellen Herausforderungen der kommunalen Ebene verknüpft werden. Bezüglich der Datenschützer empfahl Prof. Dr. von Lucke einen Dialog, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Von Lyudmyla Dvorkina, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Links:

Gutachten „Open Government. Öffnung von Staat und Verwaltung“ von Prof. Dr. Jörn von Lucke: [https://www.zu.de/info-de/institute/togi/assets/pdf/JvL-100509-Open\\_Government-V2.pdf](https://www.zu.de/info-de/institute/togi/assets/pdf/JvL-100509-Open_Government-V2.pdf)

Internetportal der Stadt Coburg: <http://www.coburg.de>

Datenportal GovData für Deutschland: <https://www.govdata.de/>

Internetportal der Zeppelin Universität Friedrichshafen: <https://www.zu.de/>